

Nürnberg, 18. September 2018



Vereinte
Dienstleistungs-
Gewerkschaft

Bezirk Mittelfranken

Bundesinnenminister Seehofer verharmlost rechtsradikale Gewalt und beleidigt 20 Millionen Menschen

Die Äußerungen des Bundesinnenministers auf der CSU-Klausurtagung, dass Migration **„die Mutter aller Probleme“** sei, sind eines Bundesministers unwürdig und fahrlässig. ver.di erinnert den Innenminister daran, dass er auch für das Themenfeld der Integration und den rechtsstaatlich gebotenen Schutz vor Diskriminierung und Rassismus zuständig ist. **„Derartige Äußerungen sind Wasser auf die Mühlen von Rechtspopulisten und Rassisten. Es ist eine Beleidigung der vielen Millionen Menschen mit Migrationsgeschichte in diesem Land, ohne die unser Leben und die Wirtschaft in Deutschland nicht einen Tag länger funktionieren würden.“** erklärt Charlotte Johnson, Vorsitzende des Landesmigrationsausschusses Bayern und des Migrationsausschusses Mittelfranken der Gewerkschaft ver.di.

Die Gewerkschaften fordern, dass der Rechtsstaat Menschenjagden wie in Chemnitz und denen, die sie ausüben, entschieden entgegentritt. Ein Innenminister trägt Verantwortung für die Sicherheit aller Menschen in diesem Land. Wer andeutet, dass er Verständnis für die Proteste hat, die von Neonazis und Rechtsextremisten dominiert waren, hat seine Aufgabe nicht verstanden.

„Wir Gewerkschaften werden uns weiter für den Respekt gegenüber allen Mitgliedern, darunter viele Migrant/innen einsetzen und einer Politik der Spaltung und Ausgrenzung entgegentreten. Statt permanenten Ablenkungsmanövern mit denen die eigentlichen sozialen und politischen Probleme in den Hintergrund gedrängt und deren Ursachen mit der Migrations- und Integrationspolitik verknüpft werden, sollte der Bundesinnenminister die in sein Ressort fallenden Aufgaben endlich angehen. Millionen Menschen sind von steigenden Mieten und Wohnungsnot in den Ballungszentren betroffen. Hier gäbe es genug zu tun, um zu mehr gesellschaftlichem Zusammenhalt beizutragen,“ so Johnson weiter.

„Darüber hinaus brauchen wir ein modernes Einwanderungsrecht, müssen Integrationshemmnisse beseitigen und Fluchtursachen ernsthaft angehen. Auch hier sehen wir den Bundesinnenminister in der politischen Verantwortung, Lösungen voranzubringen. Das wäre politisch wichtiger, als permanent zur Spaltung der Gesellschaft beizutragen.“

Charlotte Johnson steht Ihnen für Rückfragen unter
☎ **0157 – 88 100 794** zur Verfügung

PRESEINFORMATION

V.i.S.d.P.:
Charlotte Johnson
Vorsitzende Migrationsaus-
schuss ver.di Mittelfranken

ver.di Bezirk Mittelfranken

Kornmarkt 5-7
90402 Nürnberg

Tel.: 0911 – 23 55 70
www.mittelfranken.verdi.de